

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 6. Dezember 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen über den Voranschlag für 1930 ein.

Berichterstatter St. R. Breitner führt aus: Unter ganz eigenartigen, früher noch nie verzeichneten Verhältnissen wird dem Wiener Gemeinderat der Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1930 zur Beschlussfassung unterbreitet. Wir haben in Wien schon die sorgenvollsten und von den allergrössten Schwierigkeiten erfüllten Zeiten durchlebt. Ich erinnere an die Jahre der furchtbarsten, grauenvollsten Not, die heute schon langsam dem Gedächtnisse entschwinden, in denen die Herbeischaffung der allerdürftigsten Notwendigkeiten des Tages, die Aufrechterhaltung eines durch harte Sparmassnahmen ohnehin schon eingegangenen Betriebes der Gas- und Elektrizitätswerke und der Strassenbahnen den Gegenstand unausgesetzter, quälender Sorge gebildet hat. Ich erinnere an die Monate der Inflation, in denen die Grundlagen der Wirtschaft in heftigste Erschütterung gerieten. Das furchtbare Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der durch den Zusammenbruch einer wüsten Spekulation verschärften Stabilisierungskrise stellte die Gemeindeverwaltung vor die schwierigsten Aufgaben. Ich erinnere an jene Zeiten, in denen dieses Wien den übrigen Ländern nur als ein unnützer Ballast erschienen ist, in denen man von Wien nie anders als vom "Wasserkopf" gesprochen hat. Immerhin aber hat sich gerade in diesen schwersten Jahren die erfreuliche Erscheinung gezeigt, dass über Parteiengegensätze hinweg ein Zusammenstehen aller Vertreter der Wiener Bevölkerung gegeben war. Es fand in der ersten Zeit sogar darin sichtbaren Ausdruck, dass Voranschläge auch die Zustimmung der Minderheit gefunden haben. Selbst noch im Vorjahre, als durch eine verfllossene Regierung Vorlagen im Nationalrat eingebracht wurden, die dahin abzielten, Wien um einen Betrag von 40 Millionen zu verkürzen, ist es möglich gewesen, eine gewisse Einträchtigkeit in der Abwehr gegen diesen Anschlag zu bewirken. Obgleich die Wiener Bevölkerung schliesslich in Form einer zweiten Landesbiersteuer, deren Ertrag zur Gänze den anderen Ländern zufließt, Opfer zu bringen hat, wurde doch eine tiefgehende Erschütterung des Gemeindehaushaltes vermieden. Und so wie es in Wien war, so ist im grossen und ganzen das Bild in ganz Oesterreich gewesen. Schwierigkeiten in Hülle und Fülle, aber doch ein allmähliches, wenn auch für die Ungeduld und Wünsche der Bevölkerung noch recht langsames Aufwärtssteigen. Seit 1924 ein steter Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Zunahme des Sparkapitals, ein fühlbarer Rückgang in den Zinssätzen, das wachsende Vertrauen des Auslandes. Das nach mühseligen Verhandlungen zustandgekommene neue Mietengesetz wurde trotz der damit verbundenen sehr schweren Belastung der Wirtschaft als die sichtbare Bekundung des Funktionierens des Nationalrates hingenommen.

Seither aber hat sich das alles verändert. Ein Wort, das selbst in den schlimmsten Tagen des Zusammenbruches kaum gehört worden ist, beherrscht jetzt die Öffentlichkeit und übt die verheerendsten Folgen aus. Vom Bürgerkrieg ist unausgesetzt die Rede, als ob ein Bürgerkrieg so zu den landläufigen Ereignissen gehören würde. Gerade die Tatsache, dass wir alle in diesem Staate ja unter den Nachwehen des Weltkrieges leiden, müsste dazu führen, jeden Gedanken an die noch tausendfach bösartigere Form des Krieges im Inneren, den Bürgerkrieg, auszuschalten. Diesem Bürgerkrieg aber von Monat zu Monat öffentlich anzukündigen, Termine für gewaltsame Erhebungen zu proklamieren, durch Putschdrohungen das In- und Ausland in Beängstigung zu versetzen, musste naturnotwendig zu den allerschwersten Schädigungen des Wirtschaftslebens führen. (Zustimmung bei der Mehrheit).

Und so haben wir jetzt auch wirklich einen Zustand, wie er gleich ungünstig seit Kriegebeginn noch nicht durchzumachen gewesen ist. Diese Bürgerkriegspsychose war so der letzte Anstoss, wenn auch gewiss nicht die entscheidende Ursache, das eines der ältesten, grössten Bankinstitute von früher unbestrittenem Ansehen just noch in der letzten Stunde vor einem Zusammenbruch bewahrt werden konnte. Dieses anerkanntes Kunststück ist gelungen. Sonst wäre es bereits zu einer allgemeinen Krise bösester Art gekommen. Wir haben in den letzten Monaten in ganz Oesterreich eine an manchen Tagen bis zur Panik gesteigerte Beängstigung der Einleger erlebt. Sie hat sich nicht gegen dieses oder jenes einzelne Kreditinstitut gerichtet. Es war vielmehr- und das war eben das Bedrohliche- eine allgemeine Erscheinung. Zum erstenmal seit der Stabilisierung der Währung sind weite Kreise der Bevölkerung von Misstrauen gegen den Schilling erfüllt gewesen. Die Lage der Nationalbank an sich bietet dafür gar

keinen Anlass. Die Golddeckung, über die unser Noteninstitut verfügt, ist eine sehr grosse. Mehr als doppelt so hoch, wie die Statuten es vorschreiben. Höher als in den meisten Ländern der Welt und nur von ganz, ganz wenigen Notenbanken übertroffen. Trotzdem hatte die Bevölkerung den unfehlbar richtigen Instinkt, dass nicht der Prozentsatz der Golddeckung allein massgebend, sondern dass ein Land untergehen muss, in dem der Bürgerkrieg wütet. Jedermann fühlt es, dass dabei eine so furchtbare Verwüstung und Vernichtung aller Werte sich vollzieht, dass auch die beste Golddeckung dem Chaos des Bürgerkrieges nicht standzuhalten vermag. Dutzende von Millionen Schilling sind im letzten Vierteljahr in ausländische Banknoten umgetauscht worden oder zur Anlage ins Ausland abgewandert. Die Ankündigungen ausländischer Banken in Wiener Tagesblättern sind, wie in den ärgsten Zeiten der Inflation, zur ständigen Erscheinung geworden. Es ist nur ganz selbstverständlich, dass sich das ausländische Kapital angesichts dieser Verhältnisse überaus zurückhaltend zeigt. Kreditkündigungen nennenswerten Umfanges sind zwar bisher nicht erfolgt. Trotzdem und man muss es offen sagen ist eine Art von Kreditsperre über Oesterreich verhängt. Durch den Zusammenbruch der Ueberspekulation in Amerika sind gewaltige Kapitalien, die dort ihre Verwendung gefunden haben, frei geworden. In ganz Europa hat sich eine durch sehr durchgreifende Herabsetzungen der Bankraten gekennzeichnete Erleichterung des Geldmarktes vollzogen. Ueberall wird dieses Geld zu verhältnismässig niedrigen Zinssätzen angeboten. Nur vor Oesterreich wird Halt gemacht. Das ist die Wahrheit. Nichts ist ängstlicher als das Kapital. Ein Land, in dem die Drohung mit dem Bürgerkrieg zu den ständigen Redensarten gehört, kann, mag sich auch der Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokraten richten, auf Auslandskredite nicht rechnen. Die Kapitalisten geben ihr Geld nur dort hin, wo Ruhe und Konsolidierung herrscht, wo die Verwaltung auf Grund einer ordnungsgemäss zustande gekommenen Verfassung ausgeübt wird. Das Finanzkapital geht in seinen Sympathien mit der Reaktion nicht so weit, die Besorgnis zu unterdrücken, dass bei irgendeiner Aenderung in den Machtverhältnissen eine neue Regierung sich darauf berufen könnte, sie sei an frühere illegal zustande gekommene Beschlüsse nicht gebunden. Das gilt für den Staatskredit, für den Kredit aller Länder und Gemeinden, das gilt aber ganz genau so auch für die gesamte Privatwirtschaft. Kein Land in der Welt hat durch den Krieg so sehr an seiner Macht verloren, wie dieses heutige kleine Oesterreich. Wir haben infolgedessen Schwierigkeiten ungewöhnlicher Art zu überwinden. Dazu ist die Inflation gekommen, die Frankenspekulation, die offenen Zusammenbrüche einer ganzen Reihe von Banken, die Zwangsfusion der einst so mächtigen Bodenkreditanstalt. In der dadurch erzeugten Kapitalsarmut sind wir auf die Zuflüsse aus dem Ausland unbedingt angewiesen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, die Wirtschaftsführung des Bundes, auch der meisten anderen öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich ohne Anleihen aufrechtzuerhalten. Und diese Anleihen sind ausschliesslich im Ausland unterbringbar. Es ist ausgeschlossen, dass Industrie, Handel und Gewerbe in Oesterreich ohne den Zustrom von ausländischem Kapital betrieben werden können. Man kann nun ermessen, was es bedeutet, wenn sogar noch die heimischen Gelder, wie dies in den letzten Monaten fortgesetzt geschehen ist, von hier abwandern und von einem Zustrom neuen ausländischen Geldes nicht die Rede sein kann. Kein Unternehmer findet bei noch so berechtigtem Anspruch die Erweiterung seines Kredites. Viele sind von Krediteinschränkungen bedroht. Niemand getraut sich infolgedessen, Investitionen vorzunehmen oder auch nur sein Warenlager zu ergänzen. Jeder einzelne Bewohner hält selbst mit den alltäglichen Bestellungen für ruhige Zeiten zurück, wozu noch als grosse Verschärfung die schlechte Lage der Landwirtschaft kommt. Eine Vertrauens- und Kreditkrise schwerer Art ist es, die an die Grundlagen unserer ganzen Wirtschaftsführung reicht. Wir haben in Oesterreich einen Zinsfuss, der um zwei Prozent höher ist als im Vorjahr, weitaus höher als in all den Industriefstaaten, mit denen wir im Export konkurrieren müssen. Die österreichische Bankrate gehört zu den höchsten der ganzen Welt und wird nur von zwei Balkanländern erreicht oder übertroffen.

Der untrügliche Gradmesser der Wirtschaftslage ist die Arbeitslosigkeit. Nach den vorliegenden amtlichen Berichten war in den ersten drei Quartalen des Jahres 1929 der höchste Stand der Arbeitslosigkeit mit 264.148 Personen erreicht. Das ist weitaus mehr, als jemals seit 1919 zu verzeichnen gewesen ist. Wohl hat hier der ungewöhnlich harte Winter seinen Teil beigetragen. Der weitere Verlauf und insbesondere die allerletzten Ausweise bekunden aber, dass ausser der Wetterkatastrophe vor allem die politische Beunruhigung und der dadurch hervorgerufene wirtschaftliche Stillstand das Jahr 1929 zu einem Jahr der ärgsten Arbeitslosigkeit in Oesterreich stempelt. Ende November wurden im ganz Oesterreich 167.479 unterstützte Arbeitslose gezählt, gegen 155.235 im Vorjahre. Ende November weist Wien 67.002 Arbeitslose und rund 7.000 Altersrentner auf, gegen 64.179 unterstützte Arbeitslose und 5000 Altersrentner Ende November 1928. Wohl haben wir im Verhältnis zu früheren Jahren prozentual in Wien viel weniger Arbeitslose als die Bundesländer, ein Beweis, dass unsere Steuer- und Investitionspolitik die Arbeitslosigkeit nicht vermehrt, sondern im Gegenteil sehr vermindert. (Beifall).

Diese Höchstziffern der Arbeitslosigkeit bedeuten nicht nur unsagbares Elend in jeder einzelnen dieser tausenden Familien. Eine Arbeitslosigkeit dieses Grades stört den ganzen Kreislauf im wirtschaftlichen Organismus auf das verhängnisvollste. Bei längerer Andauer muss das zu erneuten Zusammenbrüchen führen.

Das Bestreben der Wirtschaft entgegenzukommen, ihr Erleichterungen zu bieten, eine bessere Stimmung für die Arbeit zu schaffen, haben den Wiener Landtag bewogen, schon im Monat Oktober eine Reihe von Steuererleichterungen zu beschliessen. Es wurde nicht erst, wie dies sonst Gepflogenheit war, der Voranschlag abgewartet.

Das Budget selbst ist, was ausdrücklich hervorgehoben werden muss, ohne jede Berücksichtigung dieser krisenhaften Vorgänge aufgestellt worden. Es ist ein Voranschlag, der von der Erwartung ausgeht, dass wir in kürzester Frist zu den Verhältnissen des normalen Lebens zurückkehren. Wir legen den Voranschlag für 1930 in der Annahme vor, dass die Gedanken und Worte vom Bürgerkrieg endgiltig verschwinden, dass die Möglichkeit geboten ist, in Ruhe und Frieden in diesem Lande der Arbeit nachzugehen. Voranschläge für Bürgerkriege kann es überhaupt nicht geben. Bürgerkrieg und geordnete Wirtschaftsführung sind von vorneherein völlig unvereinbare Begriffe. So unvereinbar, dass es ganz zwecklos ist, sich mit einem Budget überhaupt zu bemühen, das ja eben bestimmt ist, die Gebarung zu regeln.

Der ungünstigen Wirtschaftslage wurde, wie früher erwähnt, durch Steuererleichterungen, die vom 1. Jänner 1930 in Kraft treten sollen, Rechnung getragen. Ueberdies sind im Budget 1930 die Investitionen höher bemessen worden als für 1929. Es sollen für Bauführungen und Anschaffungen aller Art 122,278.000 Schilling verausgabt werden. Um 19 Millionen Schilling mehr als für heuer veranschlagt gewesen sind. Mit der äussersten Kraftanspannung, auch auf die Gefahr der Schmälerung von Kassenbeständen, sollen Industrie und Gewerbe Beschäftigung finden. Wir wollen alles aufbieten, um die so schrecklich wütende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. (Beifall). Wir haben es stets als eine Pflicht der öffentlichen Verwaltungen bezeichnet, gerade dann mit grossen Aufträgen einzugreifen, wenn die Privatwirtschaft es nicht vermag. Da jetzt, als die unmittelbare Folge der politischen Unruhe eine Krise besteht, so ist es wieder Pflicht der Gemeindeverwaltung, durch vermehrte Arbeitsaufträge die Lücke nach Möglichkeit auszufüllen. (Sehr richtig!)

In den vergangenen Jahren haben die Steuereingänge, die auf Grund sorgfältigster Berechnung nach den jeweiligen Ergebnissen der ersten zehn Monate des laufenden Jahres ermittelt worden sind, den Voranschlag übertroffen. Das war so beim Bund und auch bei Wien. Ob dies angesichts der jetzt herrschenden jetzt ungünstigen Voraussetzungen auch für 1930 zutreffen wird, entzieht sich der Beurteilung.

Die Minderheit hat an der Beratung des Voranschlages in den gemeinsamen Sitzungen des Finanzausschusses und Stadtsenates nicht teilgenommen. Sie stellte das Verlangen, die Verhandlungen bis zum 4. Dezember auszusetzen. Der Sprecher der Opposition gab der Meinung Ausdruck, dass bis dahin, ob günstig oder ungünstig, die Entscheidung über die Verfassung gefallen sein würde. Er meinte, dass die Verfassungsänderung so stark auf den Voranschlag auswirken müsse, dass es unnütz sei, eine auf Grund der geltenden Verfassung ausgearbeitete Vorlage zu beraten. Diesem Wunsche konnte nicht entsprochen werden. Der Bürgermeister hat zum Ausdruck gebracht, dass jeweils einzig und allein die geltenden Gesetze als Richtschnur dienen können. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Der Bürgermeister hat ferner betont, dass es ein sehr schwerer Fehler wäre, durch eine Vertagung förmlich einmütig erkennen zu geben, man sei in der ganzen Wiener Verwaltung auf solche Verfassungsänderungen gefasst, dass sie die Aufstellung eines völlig neuen Voranschlages notwendig machen könnten. Es war und ist klar, dass an den Rechten Wiens als Land unter keiner Bedingung gerührt werden kann. (Beifall). Wien gilt schon längst nicht mehr als der Wasserkopf Oesterreichs. Die Wahrheit ist vielmehr, dass der Bund aus Wien den grössten Teil seiner Einnahmen holt und daraus natürlich auch zu einem sehr erheblichen Teil die Ausgaben für die Bundesländer bestreitet, dass Wien also schon auf diesem Wege im reichen Masse Lasten für das übrige Oesterreich trägt. Dass dies noch verschärft werden könnte durch eine Verkürzung der Rechte Wiens als Land und den dadurch begründeten Abgabenertragsanteilen, ist ganz und gar ausgeschlossen. Dies ist unzweifelhaft die Ueberzeugung und der feste Wille der erdrückenden Mehrheit der Wiener Bevölkerung. (Beifall). Jedweder, dem das Schicksal Wiens am Herzen liegt, der als wirklicher Wiener fühlt, wird ohne Rücksicht auf seine Welt- und Parteianschauung in diesen grundlegenden Fragen zur Wiener Verwaltung stehen. Angesichts dieser unbeugsamen Entschlossenheit, an der Geltung Wiens als Land nicht rühren zu lassen, braucht nicht erst die Beratung des Unterausschusses des Nationalrates abgewartet werden, um zu wissen, dass das aufgestellte Budget keine nennenswerte Veränderung erfahren könne. Das ist der Grund, weshalb entgegen der sonstigen Gepflogenheit, die gerade dahingehet, bei der Anberaumung von Sitzungen die Wünsche der Minderheit nach Möglichkeit zu berücksichtigen, auf die Beratung

des Voranschlages auch in der Abwesenheit der Opposition beharrt werden müsste.

St.R. Breitner bespricht sodann die Einzelheiten des Voranschlages und stellt schliesslich fest, dass nach den Absichten der Gemeindeverwaltung auch das Jahr 1930 ein solches der Ausgestaltung des Fürsorgwesens, der Schaffung von neuen Wohnungen, der intensivsten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein werde. St.R. Breitner beendete seine Rede mit folgenden Worten:

Zur Verwirklichung aller dieser Pläne gehört es allerdings, dass der Begriff Bürgerkrieg als eine nur irgendwie in diesem Lande vorstellbare Möglichkeit gänzlich ausgeschaltet werden muss. An die Stelle dieser heute vielfach herrschenden Geistesverfassung sollte die Erkenntnis treten, dass gerade in diesem Lande, das ohnehin so hart geprüft ist und um den Wiederaufbau so schwer ringt, ein möglichst einträchtiges Zusammenwirken notwendig wäre. In diesem Sinne möge in die Beratung des Voranschlages eingegangen werden. (Stürmischer langanhaltender Beifall).

St.R. Kunschak bemerkt in den ersten Jahren der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung ist viel experimentiert worden. Die Verwaltung war ein Tasten und Hasten nach Methoden, um zu einem System zu gelangen. Seitdem sind nun einige Dinge zum System ausgebaut worden und das hervorstechendste Merkmal der Konsolidierung der Verwaltung auf ein bestimmtes System ist das allgemein so bitter empfundene System der Willkür, das sich nicht nur gegenüber der Bevölkerung, sondern auch gegenüber dem Gemeinderat geltend macht und so hart es klingen mag, es darf auch das ausgesprochen werden, dass der Missbrauch der Amtsgewalt in der Wiener Gemeindeverwaltung regelrecht zu einem System ausgebaut worden ist. Stadtrat Kunschak erinnert an die gestrige Debatte über einen Nachtragskredit von elf Millionen Schilling für städtische Wohnhausbauten, in welcher festgestellt wurde, dass die Gemeindeverwaltung einen solchen Vorgang strikte verbietet. Es wurde behauptet, dass das eine unvermeidliche Ueberschreitung sei und der Finanzreferent hat das noch besonders unterstrichen, indem er erklärte, andere als unvermeidbare Kostenüberschreitungen gebe es nicht. Mit der Behauptung des Magistratsdirektors oder des Fachreferenten, dass Ueberschreitungen unvermeidbar sind, kann sich der Gemeinderat nicht zu Frieden geben, das würde bedeuten, dass der Gemeinderat nur eine Abstimmungsmaschine ist, die zu tun hat, was vom Referententisch beantragt wird. Es wäre das Allernächstliegende, solche Ueberschreitungen auch zu begründen und zu sagen, wo sie notwendig geworden sind. Solche Fragen bleiben aber strikte unbeantwortet, ja man geht sogar so weit wie es der Magistratsdirektor heuer im Frühjahr getan hat, zu erklären, dass der Gemeinderat überhaupt nicht das Recht habe, nach einer Begründung von Ueberschreitungen zu fragen. (Hört! Hört! bei der Minderheit) Nach dieser Anschauung wäre es dem Gemeinderat nur vorbehalten, die im Budget eingesetzte Hauptsumme für Wohnhausbauten zu bewilligen, während der Ausschuss die Reviements in dieser Post treffen kann, wie er will und die Detailprojekte zu genehmigen; Kostenüberschreitungen gingen ihm überhaupt nichts an. Im Vorjahr wurden zwanzig Millionen, mit dem gestiegenen Beschluss elf

Millionen an Ueberschreitung bei der Post Wohnhausbauten bewilligt und wir wissen nicht, wofür diese dreissig Millionen Ueberschreitung verausgabt worden sind. Bei der Beratung über die zwanzig Millionen hat Stadtrat Breitner erklärt, es handle sich gar nicht um Ueberschreitungen bei den einzelnen Bauten, die Witterungsverhältnisse hätten es nur ermöglicht, die Bauzeit zu verlängern, es seien mehr Leute beschäftigt worden und daraus ergeben sich die Mehrausgaben. Bei der Begründung der elf Millionen hat Stadtrat Breitner eine ähnliche Begründung gegeben und erklärt, es sei unmöglich zu sagen, wie sich diese elf Millionen auf jeden einzelnen Bauplatz aufteilen und ob es sich um ein bereits genehmigtes Projekt oder um ein Projekt handle, das erst im Jahre 1930 durchgeführt werden soll. Bei den zwanzig Millionen wurde erklärt, nun seien alle offenen Rechnungen im Jahre 1928 liquidiert. In diesen elf Millionen kann sich also nichts vom Jahre 1928 befinden, sondern es kann sich nur um die Bautätigkeit für 1929 handeln, es müssen also bei den für 1929 genehmigten Bauten Ueberschreitungen vorgekommen sein, und es ist ganz unmöglich, dass bei der Gemeinde Wien eine so saloppe Gebarung herrscht, dass man nicht wissen sollte, wie gross die Ueberschreitung bei den einzelnen Bauten ist. Nun liegen aber die Dinge im Bauwesen gar nicht so kompliziert, dass dem Gemeinderat darüber keine Mitteilung gemacht werden könnte. Es liegen Aufzeichnungen vor, aus denen sich entgegen den Behauptungen des Finanzreferenten, dass bei den einzelnen Wohnhausbauten keine Ueberschreitungen vorkommen, hervorgeht, dass dem doch so ist. Bei dem Bau ^{Wohnhaus/} Ybbstarsse 40-42, für den eine Kostensumme von 550.000 Schilling bewilligt wurde, kam bis zum 31. Oktober d. J. eine Ueberschreitung von rund einer Million Schilling, oder über 18% vor, beim Wohnhausbau, II., Grünbeckstrasse, bei einer bewilligten Kostensumme von 340.000 Schilling, eine Kostenüberschreitung von 111.357 Schilling oder 32.7%, beim Wohnhausbau, VIII., Pfeilgasse, bei einer bewilligten Kostensumme von 420.000 Schilling eine Ueberschreitung von 183.540 oder 43.6%. (Hört! Hört! bei der E.L.) Bei dem Bau Hüttelbergstrasse, bei einer bewilligten Kostensumme von 332.000 S eine Ueberschreitung um 134.209 S oder um 40.4%. (Hört! Hört! bei der Minderheit), in der Penzingerstrasse bei einer bewilligten Kostensumme von 5.9 Millionen eine Ueberschreitung von etwa 1.5 Millionen oder von 25% und 13., Mooshacher-
 gasse bei einer bewilligten Kostensumme von etwa 4.7 Millionen S eine Ueberschrei-

tung von 5.6 Millionen S. Für alle diese Bauten liegen die Schlussrechnungen noch nicht vor. Von allen diesen Ueberschreitungen hat der Finanzreferent kein Wort gesagt. Diese wenigen Beispiele allein zeigen schon wie willkürlich in diesem Budgetkapitel gearbeitet wird, von dem Stadtrat Weber gestern erklärt, hat dass es dem ganzen Budget das Gepräge gibt. Man fragt sich, wie solche Ueberschreitungen entstehen. Da ist mir ein interessanter Fall untergekommen. Da ist am 29. November in der Arbeiter-Zeitung die Mitteilung erschienen: "Ein neues Arbeiterheim," der Sektion Prater. Es heisst in dieser Notiz, die grösste Sektion der Wiener Partei hat gestern in der Ybbsstrasse Nr. 15 in einen Gemeindefreizeitanbau ihr eigenes neues Heim errichtet, (Hört! Hört! bei der E.L.) Der Vortragsaal in in seiner in hellen Farben gehaltete Kachelung einer der schönsten Säle Wiens und auch die Nebenräume und das Sitzungszimmer sind sehr geschmackvoll ausgestattet. Nach einem Beschluss des Gemeinderates dürfen die für Wohnhausbauten verwendeten Gelder nur für Wohnhausbauten verwendet werden. Da erfahren wir nun, dass in einem Neubau ein Arbeiterheim gegründet worden ist mit einem der schönsten Säle Wiens und mit geschmackvoll ausgestatteten Nebenräumen und Sitzungszimmern. (Lebhafte Hört! Hört! und Zwischenrufe bei der E.L. - GR. Binder: Das ist ein Skandal! Unerhört. - Dr. Colassa: Da entstehen dann die Ueberschreitungen! GR. Merbaul: Delogierte kirgen keine Wohnungen!) Ich bin lange vor der Notiz gesessen, habe sie immer wieder gelesen und mich gefragt, wie in einem Wohnhausbau der Gemeinde, ein Arbeiterheim hineinkommt. Ich gönne selbstverständlich den sozialdemokratischen Arbeitern des zweiten Bezirkes die Annehmlichkeiten eines sehr schönen Arbeiterheimes. Aber in einer Zeit, in der jeden Tag zu uns Delogierte kommen, die nicht wissen, wo sie in der Nacht kampieren sollen, muss jeder Groschen aus öffentlichen Mitteln zur Schaffung von Wohnräumen ausgegeben werden, und seien es auch nur Notwohnräume. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Merkwürdigerweise sind der Architekt, der den Saal gebaut hat und der Bauleiter dieselben Personen, denen auch der Wohnhausbau zur Ausführung übertragen worden ist. Dieser Bau wurde vom Gemeinderat genehmigt und er umschliesst nach dem Ausweis des Wohnungsamtes 72 Wohnungen, zwei Geschäftslokale und eine Bibliothek, aber in dem Ausweis steht nichts von einem der schönsten Säle Wiens und von geschmackvoll ausgestatteten Nebenräumen und Sitzungszimmern. Ich kann nicht annehmen, dass StR. Weber selbst, die Räume des Arbeiterheimes gestrichen hätte. Wer macht denn diese Berichte und wer teilt so gefälschte Tatsachen der Öffentlichkeit mit? Was geht da vor? Nach dem vom Gemeinderat genehmigten Kostenvoranschlag stellt sich der Bau einer Kleinwohnung auf 15.000 Schilling. Bei dem Bau Ybbsstrasse 15 hat sich eine Ueberschreitung von 422.487 S ergeben (Hört! Hört! bei der E.L.) oder von 39.1%, wobei dieser Bau noch nicht fertig ist. Nun ergibt sich, dass die Erbauung einer Kleinwohnung in diesem Haus nicht 15.000 von 20.861 S besträgt. Bei dieser Ziffer kam ich von selbst auf die Frage wer das Arbeiterheim eigentlich bezahlt hat. Es bleibt kein anderer Schluss übrig, als dass sich die Kostenüberschreitung aus der Einrichtung dieses schönsten Arbeiterheimes erklärt. Das ist die Willkür der Gemeindeverwaltung zum System erhoben. Oder ein anderes Kapitel. Da werden Bauprojekte im Gemeinderat unter feierlicher Aufmachung genehmigt. Und es ist klar, dass die Gemeindeverwaltung keine Handlung ohne Zustimmung des Gemeinderates übernehmen darf. Nun wurde der Wohnhausbau 19., Prälatengasse, am 13. Juli vom Gemeinderat genehmigt, aber bereits ab 16. Juni war die Vergebung der Arbeiten für diesen Bau im Amtsblatt. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Dasselbe ist bei einer Reihe anderer Bauten der Fall. So bei einer Wohnhausanlage Handelskai 210: Genehmigung am 9. November, Vergebung der öffentlichen Arbeiten am 7. November im Amtsblatt veröffentlicht; bei der Wohnhausanlage in der Lehlstrasse: Genehmigung am 9. November, die Vergebung der Arbeiten schon am 24. Oktober veröffentlicht. Oder bei der Wohnhausanlage: Spinnerin am Kreuz, Genehmigung am 9. Juli und einen Monat bevor das Projekt an den Stadtrat gekommen war, wurden die Arbeiten vergeben. Da muss man wirklich sagen, dass der Gemeinderat nur der Paravent ist, hinter dem die amtsführenden Stadträte ihre belustigende Beschäftigung ausüben. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Im Vorjahr habe ich sehr eingehend die Angelegenheit der Oberbauräte Fuchs und Hula hier besprochen. Ich habe die Einberufung einer Disziplinaruntersuchung verlangt. Dem Verlangen wurde auch stattgegeben. Fuchs wurde freigesprochen und was mit Hula geschehen ist, darüber habe ich bis heute keine Verständigung. Tatsache ist, dass man das System Fuchs-Hula aufgeben hat. Die amtsführenden Stadträte haben sich in die Kleider geteilt

und es wurde die Abteilung zerrissen und jedem Stadtrat ein Stück zugeteilt. Oberbaurat Fuchs war in seiner bisherigen Stellung unmöglich geworden, er wurde weggegeben und zugleich zum Senatsrat ernannt. Auch Hula wurde von seinem Tätigkeitsgebiet entfernt. Er siedelte zu jenem Betriebsüber die gestern hier gesprochen wurde. Als ich die Dinge aufzeigte, wurde es so dargestellt, als hätte ich ein Unrecht begangen. Es ist auch im Zuge dieser Dinge zu einem Prozess gekommen; ich wollte in diesen Prozess nicht eingreifen aus verschiedenen Gründen. Ich muss aber um Aufklärung einiger Tatsachen ersuchen. Im Mai 1926 wurde der Steinag ein Ziegelvertrag zugesprochen, der sich auf die Lieferung von 20 bis 25 Millionen Ziegel erstreckte, die unter dem Marktpreis geliefert werden sollten. Der Vertrag ist nicht zustande gekommen. Das Hindernis war Stadtrat Breitner. Man hat aber dann auf die Steinag einen sehr ungewöhnlichen Druck ausgeübt und ihr gesagt, sie könne den Vertrag bekommen, wenn sie das vollständig verwahrloste und stillgelegte Ziegelwerk in Raggendorf ankaufe. Sie hat diesem Druck nachgegeben und im März 1926 das Werk angekauft. Im Mai 1926 trat dann Hula als Interessent auf den Plan, der Vertrag wurde abgeschlossen aber nicht zu dem ursprünglichen Preis von 42 Schilling, sondern zu einem Preis von 52 Schilling (Rufe bei der Minderheit: Wer hat da verdient!) Diese Tatsachen schreiben nach Aufklärung. Wenn es überall so zugeht, wie im Rahmen dieses Kapitels, dann Mahlzeit zu dieser Gemeindegewirtschaft (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Es gibt aber auch noch andere ähnliche Kapitel. Ich greife das Kapitel Gröll auf. Am 16. Februar 1926 habe ich im Stadtsenat beantragt, dass die Pensionierung Grölls vertagt werde. Das wurde abgelehnt. Was hat zu dieser Pensionierung geführt. Es waren die traurigen Zustände im Verband der städtischen Angestellten, in der Krankenfürsorgeanstalt und in der Kreditfürsorgeanstalt der Gemeinde Wien. Sie schrien nach dem Staatsanwalt, der auch eingegriffen hat und Gröll verurteilte. Der Verband hat in den Jahren 1923 bis 1927 nicht weniger als 1,251.074 Schilling Vermögensverlust erlitten. Da ist dann die Krankenfürsorgeanstalt zum Handkuss gekommen. Sie wurde verhalten den Wällischhof anzukaufen, der mit 200.000 Schilling beim Verband zu Buch stand und um 550.000 Schilling der Krankenfürsorgeanstalt angehängt wurde. Diese Summe wurde dann der Kreditanstalt überwiesen, wogegen die Schuld des Verbandes von rund 700.000 Schilling gelöscht wurde, sodass die Kreditanstalt 150.000 Schilling verlor. Dieser Skandal hat schliesslich auch zur Liquidierung der Kreditanstalt geführt und die Gemeinde hat 585.000 Schilling zur Erleichterung der Liquidierung zugesteuert. Also eine Verfilzung von privaten und öffentlichen Interessen, wie man sie sich niederträchtiger nicht mehr denken kann. Als Träger dieses unerhörten Systems muss Senatsrat Dr. Gröll bezeichnet werden. Der Mann war ein sogenanntes Novembersozialist, der sich früher sehr katholisch gebärdet hat. Auf seiner Visitenkarte war er dreimal rot gezeichnet. Deshalb musste dieser Mann geschont werden. Daher seine Pensionierung, weil man wusste, dass sein Verbleiben im Amt unmöglich war. Das ist nur möglich bei einer Verwaltung, die sich über alle Grundsätze der Reinheit hinwegsetzt, wenn sie glaubt, dass davon ein Interesse der Partei berührt werden könnte. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

Ein anderes Beispiel: Geschäftliche Methoden in allen Ehren. Wenn sie aber so geübt werden, wie bei der städtischen Versicherungsanstalt, dann muss man sagen, dass sie zum Skandal ausarten. Dieser Tage kam mir ein Schreiben des Bezirksvorstehers der inneren Stadt mit dem Wappen der Gemeinde zu, worin diese Versicherungsanstalt empfohlen und der Besuch eines Vertreters angekündigt wird. Der Bezirksvorsteher hat aber von der ganzen Sache gar nichts gewusst (Hört! Hört! bei der Minderheit) Es hat sich gezeigt, dass der Kanzleileiter des Bezirksamtes Innere Stadt gleichzeitig auf Grund einer Vereinbarung mit der Magistratsdirektion zum Vertreter der städtischen Versicherungsanstalt ernannt wurde. Wenn das nicht inkompatibel ist, dann weiss ich überhaupt nicht mehr, was Unvereinbarkeit heisst. Man verleitet diesen Beamten zu einer missbräuchlichen Verwendung von amtlichem Material und wer vermag den Mann in Disziplinaruntersuchung zu ziehen, wenn sein Chef im selber zu dieser Handlung den Auftrag gegeben hat. Dieser Filialleiter hat nun an den Bezirksinspektor der städtischen Versicherungsanstalt die Adressen jener Personen weitergegeben, die sich um die Aufnahme in den Heimatsverband oder um eine Konzession beworben haben. Die Sache hat sich dann weiter so abgespielt, dass der Agent zu diesen Leuten hingegangen ist und sie unter Hinweis auf ihr laufendes Gesuch eingeladen hat, eine Versicherung abzuschliessen. Das ist wohl der Höhepunkt der Korruption. (Rufe bei der Minderheit: Das ist eine Schande!) Der Direktion der Versicherungsanstalt hat schliesslich vor diesem Treiben selbst geirrt und der Filialleiter erhielt nun die Weisung, den Bezirksinspektor nur die Adressen jener Leute zur Verfügung zu stellen, deren Gesuche um Aufnahme in den Heimatsverband oder um eine Konzession vom Magistrat aufrecht erledigt worden sind. So wurde der Leiter der Bezirksamtskanzlei

zum Amtsmissbrauch und zur Verletzung des Amtsgeheimnisses verleitet. (Rufe bei der Minderheit: Da muss der Staatsanwalt her! Das ist echte Genossenschaft!) Die Akte haben niemand ausgefolgt zu werden; die städtischen Beamten sind auf das Amtsgeheimnis angelobt worden. Angesichts solcher Zustände kann man nur sagen, dass solche Vorkommnisse das lebhafteste Bedenken erregen und das letzte Vertrauen in die Verwaltung des Wiener Magistrates erschüttern müssen. Wenn schon unter geschäftlichen Gesichtspunkten solche Dinge möglich waren, wie schaut es dann erst aus, wenn politische Gesichtspunkte massgebend sind. Einen Anschauungsunterricht hat uns der Prozess gegen die Währinger Wahlschwindler geliefert. Amtsrat Mader wurde zu drei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Folgen dieser Verurteilung sind ebenfalls sehr schwer, denn er verliert seine Stellung und seine Pension. Da kann man wohl sagen: Sie lassen die Armen schuldig werden und spotten dann ihrer! (Rufe bei der Minderheit: Die Schuldigen sitzen hier!) Mir kann niemand einreden, dass der Mann aus sich selbst heraus so gehandelt hat. Es ist sonnenklar, dass der Mann auf Veranlassung von amtlichen Stellen zum Wahlschwindler geworden ist. Ich kann die eigentlichen Schuldigen nur vermuten. Der Richter konnte nur einen Exponenten des Systems der Strasse zuführen. Ich habe wiederholt gefordert, den Mader seines Amtes zu entheben. Mein Verlangen wurde immer strikte abgelehnt. Es wurde mir immer erklärt, meinem Wunsch werde entsprochen werden, bis das gerichtliche Urteil vorliegt. Dieser Auffassung konnte ich und kann ich nicht beipflichten. Ihre Weigerung, Mader seines Amtes zu entheben, kann man nur dahin deuten, dass Sie sich mit ihm solidarisch fühlen. Eine andere Angelegenheit ist die des Bezirksrates Papuschek. Seine Verurteilung ist noch nicht erfolgt, da der Prozess gegen ihn zurückgestellt wurde, weil noch verschiedenes Material gegen ihn vorliegt. Anlässlich der Wahlen habe ich an die sozialdemokratische Partei den Appell gerichtet, diesen Mann schon aus Anstandsgefühl nicht mehr aufzustellen. Mein Rat wurde nicht befolgt, Papuschek ist noch immer Bezirksrat und daraus kann man wohl auch den Schluss ziehen, dass Sie sich mit ihm solidarisch fühlen. Das Verbrechen des Papuschek war schon durch die Wiederholung der Wahl sichergestellt. Aus der Anklageschrift ist zu entnehmen, dass er in Besprechungen mit den Obmännern der Wahlkommissionen diesen wesentlich falsche Instruktionen erteilt hat. Eine grosse Rolle spielt auch, dass Rekursbescheide nicht an ihre gesetzmässigen Adressaten, sondern zu Händen eines politischen Funktionärs zugestellt wurden. Dadurch wurde es möglich, dass Personen mehrfach und immer wieder unbefugt, gewählt haben. So hat ein Mann nicht weniger als 15mal gewählt. Dieser Wahlschwindel ist also durch die effektive Mitwirkung von Magistratsorganen ermöglicht worden. Die Zustellorgane des Magistrates hätten die Magistratsbescheide sicher an die gesetzlichen Adressaten zugestellt, wenn sie nicht Auftrag gehabt hätten, es anders zu machen. Wie erklärt die Magistratsdirektion dieses Verbrechen jener Organe? Sie haben sich mit Mader solidarisch erklärt, Sie haben sich mit Papuschek solidarisch erklärt, Sie haben diese Dinge mit Unterstützung durch die Nichtzustellung von amtlichen Bescheiden an die gesetzlichen Adressaten. Dieses System, das Sie in der Gemeindeverwaltung aufgerichtet haben, ist ein System des Amtsmissbrauches und der absoluten Willkür. Stadtrat Kunschak kommt nun auf die Vorsprache einer Massendeputation von Gewerbetreibenden bei ihm im Parlament bezüglich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu sprechen. Das Tatsachenmaterial, das mir vorgelegt wurde, ist ungeheuerlich. Auch die Pauschalierung schützt niemand vor der Willkür des Magistrates. Wenn auch die Gewerbetreibenden pauschaliert sind, sie haben trotzdem kein Recht auf Ruhe, sie werden weiter schikaniert. (Rufe bei der Minderheit: Ein Skandal!) Sogar bei der Wohnbausteuer wird geschachert, obwohl es keine Erhöhung dieser Steuer gibt. Die Wohnbausteuer ist festgelegt, und wenn sie willkürlich erhöht wird, so ist das Steueranarchie. (Rufe bei der Minderheit: Das gibt es auf der ganzen Welt nicht!) Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist die ungerechtfertigste Steuer, die es geben kann. StR. Kunschak bringt dann den Fall eines Hernalser Gastwirtes zur Sprache, der bis vor den Wahlen ein strammer Christlichsozialer gewesen ist. Er wurde von der Steuerverwaltung derart schikaniert, dass er sich zu Kunschak selbst einmal geäussert habe, er werde dem Breitner mit dem Bierschlögel den Schädel einschlagen. Vor der Wahl sind die Sozialdemokraten zu ihm gekommen und haben ihm gesagt, geben Sie uns ihr Lokal. Er ist diesem Verlangen nachgekommen und so ein sozialdemokratischer Wirt geworden. Das hat jedenfalls merkwürdige Wirkungen

hinsichtlich seiner Behandlung durch den Magistrat erzielt. Der Mann hat jetzt Ruhe, doch sein Geschäft ist auf dem Hund. Die Aufhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wäre wirklich gerechtfertigt. Sie wäre auch ein Akt der Wiederherstellung des Vertrauens in die Wiener Steuerverwaltung.

StR. Breitner hat auf die Ereignisse in der letzten Zeit hingewiesen. Ich habe wiederholt öffentlich festgestellt, welchen Standpunkt ich diesen Ereignissen gegenüber einnehme. Mein Grundsatz war und ist, dass Oesterreich nur auf den Boden ehrlicher und redlicher Demokratie gedeihen kann. Was wir erlebt haben, muss doch schliesslich seine Ursachen haben. Ich kann mir nicht erklären, dass bloss ein paar Leute Träger einer solchen Bewegung sind; diese Bewegung ist aus der Bevölkerung herausgekommen, und das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht ein tiefer, ein sittlicher Grund hierfür vorhanden wäre. Es ist dies die Enttäuschung der Wiener Bevölkerung über Ihr System der Willkür und des Missbrauches der Amtsgewalt. Dadurch wurde in der Bevölkerung so viel Leidenschaft und so viel Hass aufgespeichert, dass es nur eines zündenden Funkens bedurfte, um das Pulverfass zur Explosion zu bringen. Ich habe nie aufgehört, gewissen Demagogien entgegenzutreten. Ich bin immer der Meinung entgegengetreten, Wien müsse entrechtet werden. Sie aber haben sich Feinde geschaffen und es muss immer wieder gesagt werden, dass ein grosser Teil des Giftes aus diesem Haushervorgegangen ist.

St.R.Breitner hat es für notwendig erklärt, dass Frieden einkehre und er hat mit Genugtuung festgestellt, dass die Verfassungsreform nicht mit den Ergebnissen geendet die sich viele vorgestellt haben. Da frage ich wieder, wie konnte es kommen, dass Wiener im Ernste daran denken, an der Gemeindeautonomie im weitesten Umfange rütteln zu wollen, das gute Wiener dazu kommen, für die Verwirklichung diese ihrer Absicht/^{gewissermassen} das Ausland, die Länder aufzurufen, die Bauern zu einem Marsch nach Wien zu veranlassen? Wie ist das? Bei der bekannt ruhigen Gesinnung des Wiener, bei seinem ausgesprochenen Lokalpatriotismus möglich? Weil ^{Man hat} durch die Verwaltung der Gemeinde den Leuten die Geduld geraubt und ihnen den Wiener Lokalpatriotismus gründlich vereckelt ^{darum} hat. Und ^{wieder} müssen wir alle daran denken, bei den Wienern das Vertrauen/^{wieder} herzustellen, den Wiener Lokalpatriotismus in seiner ganzen Schönheit wieder herzustellen. Wir können das miteinander, Sie als Sozialdemokratische Partei, wir als christlich-soziale, Sie als Mehrheit, wir als Minderheit, wenn wir den Gedanken einer Verständigungspolitik den ich immer vertrete ehrlich und aufrecht vertreten, einer Verständigungspolitik, die wie ich einmal gesagt habe, keine knieweiche Politik sein soll, noch vielweniger eine Politik der Grundsatzverletzung, aber doch eine Politik, die über alles Parteiinteresse das Interesse dieser Stadt und seiner Bewohner stellt (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)
Wir müssen zur gemeinsamen Arbeit kommen
... da sage ich nach links und nach rechts, gegenüber der Gemeindeverwaltung und gegenüber der Staatsverwaltung, da sage ich dem Nationalrat und dem Gemeinderat, weil ^{leisten} einer allein oder gar einer gegen den anderen diese Arbeit nicht zu leisten vermag. Daher Herr Stadtrat Breitner, der Siegewiss belastet ^{...} mit der Aufgabe, die Finanzen der Stadt in Ordnung zu halten, die Gelder herbeizuschaffen, die die Gemeinde braucht um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, gehen Sie in sich, revidieren Sie Ihre Steuermoral und Ihre Steuerpraxis und glauben Sie nicht, dass wenn gründliche Änderungen verlangt werden, wir sie verlangen, um parteipolitisch Kapital darauszuschlagen und ^{zu} uns mit Erfolg zu brüsten ^{...}. Sie, Herr Bürgermeister, ~~da~~ Sie verpflichtet sind, das Ansehen dieser Verwaltung zu wahren, denken auch Sie darüber nach, ob der Zustand von heute bleiben kann. Der Mensch kann irren, das verzeiht man ihm

wer aber im Irrtum verharrt, das ist aller Strafe wert., und macht sich an allem Unglück schuldig, dass aus einem Irrtum entsteht. Sie werden vielleicht sagen, am Schluss spreche ich von Verständigung und habe doch so scharfe Kritik an der Gemeindeverwaltung geübt. Ich habe das getan, um Ihnen drastisch und plastisch die Unmöglichkeit der Fortdauer des gegenwärtigen Systems vor Augen zu führen, um Ihnen drastisch und plastisch zu zeigen, was geschehen muss, damit in diesem Saale die Atmosphäre der Befriedung diese stinkige giftige Atmosphäre des Parteikampfes verdrängen kann und damit sich daraus ein gesunder Luftstrom in alle Hirne und Brüste unseres Wiener Volkes ergießen kann. Ich habe so scharfe Worte gebraucht, weil eines vor allem anderen Not tut: wenn wir uns an einen Tisch zu gemeinsamer Arbeit setzen wollen, rein muss dieser Tisch zuerst sein, (Stürmischer Beifall und Händeklatschen und stürmische Bravourufe bei der E. L. (Der Redner wird vielseitig beglückwünscht.)

Bürgermeister Seitz : Der Sprecher der Opposition hat zunächst festgestellt, dass der Bürgermeister der Stadt für die ganze Gemeindegarung die politische Verantwortung trägt. Und er hat an mich appelliert, ich möge gewisse Zustände die er in seiner kritisiert hat abstellen, damit die Gemeindeverwaltung vollkommen tadellos sei. Ich habe demgegenüber zu erklären: dass ich selbstverständlich für jeden Akt der Gemeindeverwaltung die volle politische Verantwortung übernehme und dass ich dabei von dem Glücksgefühl durchdrungen bin, als Politiker und als Mensch die volle Verantwortung auch tragen zu können (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Vor allem bin ich bei der Leitung der Verwaltung von dem Gedanken getragen, den der Sprecher der Opposition Lokalpatriotismus nennt. Es ist das vielleicht ein Wort, das nicht gerne gehört wird, weil es oft an Gedanken anklingt, die aus der Monarchie übernommen sind. An Gedanken von Kadavergehorsam vom Appell an das Volk sich für dynastische Interessen oder für einen Staat aufzupferen, der seine Daseinsberechtigung verwirkt hatte, weil er nur mehr ein Kerker für seine Völker war. Ich greife aber doch das Wort Patriotismus auf und bekenne mich zu ihm, da ich meine, wir alle haben die Pflicht, der Republik Deutschösterreich und ihrer Hauptstadt Wien mit allen unseren Kräften zu dienen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit), In diesem Sinne sind auch wir Sozialdemokraten Lokalpatrioten. Die Stadt Wien war in den letzten Monaten schwer bedroht. Es ist uns allen bekannt, warum diese Gefahr heraufbeschworen wurde. Die Ursache davon war vor allem anderen das Bekennt-

nis eines führenden österreichischen Staatsmannes, des damaligen Bundeskanzlers zu dem Gedanken der Gewalt im Gegensatz zu dem Gedanken der friedlichen Demokratie. Von dem Augenblick an, wo dieses Bekenntnis in Graz erfolgt ist, war in Oesterreich Unruhe. Politische Unruhe ^{schlägt} immer in wirtschaftliche Unruhe um und sie muss daher immer Gefahren für das Wirtschaftsleben heraufbeschießen. Hoffen wir, dass es durch jene Gesetzgebungsakte die sich zur Zeit im österreichischen Parlament vollziehen sollen, gelingt, diese Unruhe zu bannen. Hoffen wir, dass es in den Kreisen der Mehrheit des Parlaments gelingt, Männer an massgebende Stelle zu rücken, die nun den Mut finden, den Unruhestiftern zu sagen; Wir haben unter schweren Opfern an Zeit und Arbeit und obwohl es eigentlich sachlich betrachtet, gar nicht notwendig gewesen wäre, jetzt eine Verfassungsreform durchgeführt; ^{die Unruhe} ^{ist} beseitigt; wir haben das Verfassungswerk vollbracht; jetzt ist es die Pflicht aller Bürger, den Gedanken der Gewalt, den Gedanken der Rohheit, den Gedanken der Unterdrückung der Ideen durch Gewalt zurückzustellen, um endlich zu ruhiger wirtschaftlicher Arbeit zu kommen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Hierzu ist, was auch der Redner der Opposition uns zugebilligt hat und was wir immer anstreben, notwendig nämlich Verständigungspolitik. Verständigungspolitik heisst nicht politische Grundsätze und Meinungen abschwören. Im Gegenteil, ich glaube gerade derjenige, der auf seinen politischen System fest beharrt, der in der Lage ist, es wissenschaftlich zu begründen und praktisch zu vertreten, gerade derjenige, den man gewöhnlich den engagierten Parteimann nennt, hat in sich die sittliche Kraft, vernünftige Verständigungspolitik zu treiben. Er beharrt auf seinem Sinn, er kennt sein Ziel und den Weg, der zum Ziele führt und er passt seinen Weg den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen an. Das ist Verständigungspolitik. Wir wollen nicht, dass irgend jemand in Oesterreich von seinem Programm abgehe oder daran Verrat übe, denn wir glauben nur der der sein eigenes System und Programm nicht kennt, nicht versteht oder ein Schwächling ist, hat nicht die Kraft es zu vertreten, nur der ist für die Verständigungspolitik unfähig. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Deshalb haben wir Sozialdemokraten immer fest beharrend auf unserem po-

litischen System die sittliche Kraft gefunden, jeweils Verständigungspolitik zu treiben. Ich möchte nur wünschen, dass wir endlich in Oesterreich politisch Ruhe schaffen, damit auch die wirtschaftliche Ruhe wiederkehre und damit wir im Auslande die Ueberzeugung erwecken, dass wir ein konsolidierter Staat sind, mit dem man Geschäfte abschliessen kann. Ich hoffe, dass es einer klugen Verständigungspolitik gelingen wird, alle die wirtschaftlichen Schäden, die in der letzten Zeit eingetreten sind wieder gutzumachen. Wer aber heute schon davon redet, dass die Verfassungsreform nur eine Abschlagszahlung, eine Etappe sei in der Entwicklung zu einer Staatsform, die für Oesterreich den Untergang bedeuten würde, ist ein Verbrecher an unserem Staat und Volk (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Das erste Wort das jeder sprechen müsste, der diese Republik liebt müsste nach Erledigung der Verfassungsreform sein: Jetzt aber Schluss mit allem diesem dummen Spiel der Gewalt, mit aller dieser Unruhe, jetzt vernünftige und politische und wirtschaftliche Arbeit (Stürmischer Beifall) In diesem Sinne fühle ich mich eins mit dem Vertreter der Opposition, wenn er von Verständigungspolitik spricht. In der traurigen Situation, in der wir leben ist der Voranschlag, den der Finanzreferent eben unterbreitet hat, ein Lichtblick. Dieser Voranschlag ist wohl durchdacht von einem Mann den wir alle ohne Unterschied der Partei als einen der ersten Finanzmänner Oesterreichs bezeichnen können, von einem Mann, der mit eisernem Fleiss und grosser Gewissenhaftigkeit die Finanzen der Stadt Wien betreut, der wohl frei ist von jeder Anwendung einer Nachgiebigkeit gegenüber unberechtigten Forderungen aber grosszügig in allen nützlichen und wertvollen Dingen, der immer weiss, wie weit er in der Steuerpolitik gehen darf ohne das Wirtschaftsleben zu gefährden und der immer den Moment sofort erfasst, in dem sich irgendeine Möglichkeit bietet, Steuern zu ermöglichen. ~~Ein~~ Ein solcher Mann bietet wohl die Garantie, dass die Finanzwirtschaft der Gemeinde nicht nur vernünftig und gut, sondern auch formell einwandfrei ist. Ich benütze diesen Anlass, um dem Finanzreferenten der Stadt für seine Arbeit im Dienste der Stadt Wien den Dank auszusprechen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen und stürmische Rufe: Hoch Breitner!) Dieses Budget ist vor allem ein Lichtblick wegen der 122 Millionen Schilling, die für Investitionszwecke

vorgesehen sind und die Tausende und Abertausende Menschen vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit bewahren. Ähhh wir wären selbstverständlich überglücklich, wenn wir Steuern einheben müssten. Das ist aber unmöglich. Es kommt nur darauf an, die Steuern so zu bemessen, dass die Wirtschaft sie ertragen und dass die Gemeinde auch ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Es hat auch keinen Zweck darüber zu streiten ob unser Steuersystem das richtige ist. Das ist eine politische, eine programmatische und vor allem eine Klassenfrage. In Wien ist es nun einmal so, dass die grosse Klasse der arbeitenden Menschen dieses Steuersystem für nützlich hält und nahezu zwei Drittel des Wiener Volkes hat sich bei den ~~Wahlen~~ Wahlen nach reiflicher Ueberlegung für dieses Steuersystem entschieden, das der Finanzreferent hier vertreten hat (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Auch wir müssen uns ja mit den Bundessteuern abfinden, sogar mit der Warenumsatzsteuer, die über uns einfach verhängt wird, das ist das Schicksal einer Minderheit. Etwas anderes ist es wie dieses System praktisch angewendet wird. Ich kann ruhig sagen, ich würde es bedauern, wenn ein Beamter der an der Spitze des Steuerreferats steht nicht immer so gewissenhaft handelte, dass er sich bei einem oberflächlichen Beobachter dem Vorwurfe des Fiskalismus aussetzt. Ich habe oft selbst Beschwerden über zu hohe Steuererbemässigungen bekommen, habe aber zum Schluss immer erkannt, dass im einzelnen Falle das Interesse der Stadt gewahrt worden und dem Gesetz entsprechend vorgegangen wurde. Ich bin auch überzeugt, Stadtrat Breitner selbst hat das grösste Interesse daran, dass ein System nicht etwa durch Missbrauch oder Uebertreibungen ad absurdum geführt wird. Zustimmung bei der Mehrheit).

Es wurde auch der Fall des Amtsrates Mader erwähnt. Ich wünsche auf diesen Fall nicht näher einzugehen, weil er noch im Stadium des Verfahrens ist. Daher soll eine öffentliche Erörterung unterbleiben. Niemand bedauert mehr als ich, wenn in der Gemeindeverwaltung Fehler geschehen. Der Vorwurf geht dahin, dass Bezirksrat Papouschek und Amtsrat Mader von ihren Stellen nicht abgezogen worden seien. Demgegenüber kann ich nur feststellen, dass Papouschek einer Sitzung der Bezirksvertretung noch zugezogen wurde als er schon in Untersuchung stand. Ich habe sofort, als ich dies erfuhr, telefonisch die Weisung gegeben, dass dieser Bezirksrat

nicht mehr eingeladen wird. Es hat sich eben um ein Versehen der Kanzlei der Bezirksvertretung handelt. Was Mader anlangt wurde von der Opposition gefordert, dass er vom Amt zu suspendieren ist. Ich habe mir den Sachverhalt genau angesehen. Ich würde nicht anraten, jeden Beamten, der in eine Untersuchung gezogen wird, sofort vom Dienst zu suspendieren. Ich bekenne mich zu der Auffassung, die auch in der Dienstpragmatik klar zum Ausdruck, wo es ausdrücklich heisst, dass ein solcher Beamter vom Dienst suspendiert werden kann. Amtsrat Mader wurde nur beschuldigt und daher nicht suspendiert. In dem Augenblick, wo eine Verurteilung erfolgt ist, wurde die Suspendierung verfügt. (Lebhafte Zustimmung).

Was den Fall der städtischen Versicherungsanstalt anlangt, so gebe ich Herrn St. R. Kupchak bis zu einem hohen Grade recht. Im Jahre 1926 erhielt ich ein Schreiben, worin jemand darüber klagt, dass ein Kanzleibeamter eines Bezirksamtes mit Geschäften der städtischen Versicherungsanstalt befasst ist. Ich habe die Sache untersuchen lassen. Daraus können Sie ersähen, dass ich diesen Vorgang nicht für richtig hielt. Der Bericht der Direktion der städtischen Versicherungsanstalt in dieser Sache - er liegt vor mir - sagt, dass dieser Vorgang seit 24 Jahren geübt wird. Es wurde ein Auszug aus der Stadtratssitzung vom 25. Oktober 1898 beigelegt, in der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Lueger ein Referat erstattet worden ist, wonach die Heranziehung städtischer Organe für Zwecke der Versicherungsanstalt verlangt wird. Am 22. November 1898 hat Bürgermeister Lueger dann einen Erlass herausgegeben, in dem es heisst, dass als Sitz der Vertretungen der Versicherungsanstalt die Gemeindebezirkskanzleien bestimmt werden. Die Leiter dieser Kanzleien werden zu Leitern der Vertretungen dieser Versicherungsanstalt bestellt. Die Einkassierung der Prämien hat durch die städtischen Amtsdienner zu erfolgen. Ich habe mich seither bemüht, diese Dinge abzubauen. Auf die Angriffe die heute gegen die Steuerpolitik erhoben worden sind, wird St. R. Breitner antworten. Soweit Angriffe gegen die Führung der Verwaltung erhoben worden sind, wurden sie von mir behandelt. Wir lassen uns dabei nur von Recht und Gesetz leiten, führen die Verwaltung unbeeinflusst und korrekt und sind insbesondere dem Magistratsdirektor Dr. Hartl zu grossem Dank verpflichtet, der durch seine reichen Erfahrungen und sein umfassendes Wissen uns häufig in diesem Bestreben unterstützt. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Die Sitzung wird nun abgebrochen. Die Beratung des Voranschlags wird am Dienstag um 4 Uhr nachmittag fortgesetzt.